

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16310
Freitag, 17. Juni 2022

Totschnig: 110 Mio. Euro Versorgungssicherungspaket für Bauern geschnürt	1
Moosbrugger: Versorgungssicherungspaket ist wichtige Zukunftsinvestition	1
Inflation im Mai auf 7,7% gestiegen	3
EU-Schweinemarkt konsolidiert sich	4
Strasser: 110 Mio. Euro entlasten Bäuerinnen und Bauern	4
EU-Kommission soll Nutzung von Biomasse unterstützen	5
NÖ Bauernbund-Direktor Nemecek sprach im EU-Parlament zur Versorgungssicherheit	6
Totschnig zieht positive Bilanz über Österreichischen Waldfonds	7
Schmuckenschlager begrüßt Versorgungssicherungspaket	8
Reiter: Spürbare Entlastung für Bäuerinnen und Bauern	8
Ministerium heißt nun für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	9

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Totschnig: 110 Mio. Euro Versorgungssicherungspaket für Bauern geschnürt

Regionale Lebensmittelproduktion wird gestärkt

Wien, 17. Juni 2022 (aiz.info). - "Die Lebensmittelversorgungssicherheit der Österreicherinnen und Österreicher hat für mich oberste Priorität. Das geht nur mit unseren Bäuerinnen und Bauern. Denn sie sind es, die täglich das Essen auf unsere Teller bringen - auch in Krisenzeiten. Doch die gestiegenen Betriebsmittel- und Futtermittelkosten setzen sie zunehmend unter Druck. Darum habe ich mich für ein Versorgungssicherungspaket eingesetzt. Mit 110 Mio. Euro unterstützen wir unsere Bäuerinnen und Bauern, damit sie weiter produzieren und die Menschen mit regionalen Lebensmitteln versorgen können", betont Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig**.

"Konkret unterstützen wir unsere Bäuerinnen und Bauern mit einem Versorgungssicherungsbeitrag. Alle Bäuerinnen und Bauern, die einen Mehrfachantrag für 2022 gestellt haben, erhalten - auf Basis der beantragten beihilfefähigen Flächen und Großvieheinheiten - diesen Beitrag automatisch Ende des Jahres über die AMA ausgezahlt. So entlasten wir die heimische Landwirtschaft, federn die Teuerung ab und stärken die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe im europäischen und internationalen Umfeld", so Totschnig.

Der Versorgungssicherungsbeitrag bemisst sich aus einer flächenbezogenen und einer tierbezogenen Komponente. Der tierbezogene Beitrag liegt bei 14 Euro je Großvieheinheit. Der flächenbezogene Beitrag variiert je nach Flächennutzung. Der durchschnittliche Versorgungssicherungsbeitrag je Betrieb beträgt rund 1.000 Euro.

Beispiele

Ein Ackerbaubetrieb mit 40 ha Ackerfläche und Zuschlag für 5 ha Hackfrüchte erhält zirka 1.280 Euro. Ein Milchviehbetrieb mit 35 ha mehrmähdiger Wiese und 30 Großvieheinheiten Milchkühe erhält 1.770 Euro. Ein Veredelungsbetrieb mit Schweinemast mit 30 ha Acker, Zuschlag für 15 ha Hackfrüchte und 60 Großvieheinheiten Mastschweine erhält zirka 2.000 Euro. Ein Mutterkuhbetrieb mit 10 ha mehrmähdiger Wiese, 10 ha einmähdiger Wiese und 24 Großvieheinheiten Mutterkühe erhält zirka 885 Euro. (Schluss)

Moosbrugger: Versorgungssicherungspaket ist wichtige Zukunftsinvestition

Bäuerliche Familienbetriebe beim Erhalt der Lebensmittelproduktion unterstützen

Wien, 17. Juni 2022 (aiz.info). - "Das Versorgungssicherungspaket ist eine wichtige und notwendige Maßnahme, damit unsere bäuerlichen Familienbetriebe auch weiterhin ausreichend Lebensmittel für die Österreicherinnen und Österreicher gewährleisten können. Die 110 Mio. Euro sind bestens investiertes Geld und helfen Bäuerinnen und Bauern, aber in entscheidendem Maße auch der gesamten Bevölkerung", betont Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ)-Präsident **Josef Moosbrugger**. "Das nun vorgelegte Versorgungssicherungspaket unterstützt die bäuerlichen Betriebe, die enormen Kostensteigerungen tragen zu können und sie vor überhasteten und

verzweifelten Betriebsentscheidungen zu bewahren. Stabilität der Produktion ist ganz im Sinne aller. Wir bedanken uns sehr bei Bundeskanzler Karl Nehammer, Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig und Finanzminister Magnus Brunner, dass sie unsere Anliegen ernst genommen und im Sinne der nachhaltigen Lebensmittelversorgungssicherheit Österreichs gehandelt haben."

"Es ist eine Tatsache, dass die Preise für unverzichtbare Betriebsmittel wie Energie, Treibstoffe, Dünge-, Pflanzenschutz- und Futtermittel, aber auch Investitionen und Reparaturen spätestens seit der Ukraine-Krise regelrecht durch die Decke schießen und viele Bauernfamilien nicht wissen, wie sie diese enormen Kostensteigerungen bewältigen können. Unsere Bäuerinnen und Bauern müssen lange bevor sie etwas abrechnen können in Vorleistung gehen. Wir sind sehr froh, dass ein Teil der Zusatzkosten von der Bundesregierung anerkannt und den Betrieben nun bei ihrer Arbeit zur Versorgung der Bevölkerung unter die Arme gegriffen wird", unterstreicht Moosbrugger. "Es wäre fatal, wenn Einsparung von Betriebsmitteln, Abstockung der Tierbestände und Verkauf von Futtermitteln die Zukunft unserer Betriebe und die Produktion wichtiger Lebensgrundlagen gefährden. Zunehmende Importabhängigkeit und weiter steigende Inflation wären die Folge."

Beitrag, mit dem bäuerliche Familienbetriebe fix rechnen können

"Die Notierungen für einige landwirtschaftliche Rohstoffe sind zwar aktuell gestiegen, die letzte Ernte ist aber noch zu deutlich niedrigeren Preisen verkauft worden. Es ist keinesfalls gesichert, dass zum Zeitpunkt des Verkaufs, der im Falle des Ackerbaus frühestens im August und bei vielen Kulturen viel später erfolgt, nach wie vor gute Preise herrschen. Auch ist gänzlich unklar, ob die industriellen Verarbeiter von Zuckerrüben, Kartoffeln oder Gemüse bei dieser Preisrallye mithalten können. Außerdem gibt es wegen der Klimaverschlechterung ein spürbar zunehmendes Risiko von wetterextrembedingten Ertragsausfällen. Es steht somit völlig in den Sternen, ob die bäuerlichen Familienbetriebe ihre Kosten wieder hereinbekommen oder auf ihnen sitzenbleiben. Daher ist es wichtig, dass sie nun Unterstützung bekommen, mit der sie fix rechnen können. Dieser Versorgungssicherungsbeitrag soll unbürokratisch auf Basis der beim Mehrfachantrag angegebenen beihilfefähigen Flächen und Großvieheinheiten berechnet werden", hebt der LKÖ-Präsident hervor.

"Wichtig ist, dass es sich um ein einfaches, gut administrierbares und effektives System handelt. Alle Bäuerinnen und Bauern, die einen Mehrfachantrag für 2022 gestellt haben, bekommen diese Unterstützung automatisch Ende des Jahres über die AMA ausbezahlt. Es war uns ein großes Anliegen, dass sowohl die Fläche als auch die Tierbestände berücksichtigt werden und somit alle betroffenen Bereiche Unterstützung bekommen", betont Moosbrugger und weiter: "Mit dem Versorgungssicherungspaket schaffen wir eine konkrete Maßnahme, welche die Versorgungsleistung der bäuerlichen Familienlandwirtschaft anerkennt, Motivation zur weiteren Bewirtschaftung ihrer Höfe und zur Aufrechterhaltung der notwendigen Lebensmittelproduktion bringen soll."

Zusätzlich ist eine eigene Unterstützungsmaßnahme im Ausmaß von 9 Mio. Euro für die von den Energiekostensteigerungen besonders betroffenen Betriebe im geschützten Anbau (Glashäuser) in Vorbereitung und soll demnächst präsentiert werden. (Schluss) - APA OTS 2022-06-17/10:49

Inflation im Mai auf 7,7% gestiegen

Teuerungen bei Treibstoffen, Haushaltsenergie und Nahrungsmitteln

Wien, 17. Juni 2022 (aiz.info). - Die österreichische Inflationsrate für Mai 2022 lag laut Statistik Austria bei 7,7% (April: 7,2%). "Steigende Energie-, Treibstoff- und Nahrungsmittelpreise haben die Inflation in Österreich im Mai 2022 auf 7,7% und damit auf die höchste Teuerungsrate seit April 1976 getrieben. Erste Schätzungen des Mai-Wertes hatte noch einen Anstieg der Verbraucherpreise von 8,0% erwarten lassen, der durch die Reduktion der Energieabgaben auf Strom und Gas nun geringer ausgefallen ist", so Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Der deutliche Rückgang der Inflationsrate von 0,3 Prozentpunkten gegenüber der Schnellschätzung sei hauptsächlich auf die Berücksichtigung der Senkung der Energieabgaben auf Gas und Strom zurückzuführen, die in der Schnellschätzung noch nicht enthalten war.

Ohne teurere Treibstoffe, Energie und Lebensmittel läge die Inflation bei 4,2%

Der Preisanstieg für Verkehr (durchschnittlich +19,1%) beeinflusste die Inflationsrate mit +2,60 Prozentpunkten. Diese Teuerung fiel etwas kräftiger als im April aus, da sich insbesondere gebrauchte Kraftwagen stark verteuerten (+24,4%). Neue Kraftwagen kosteten um 7,8% mehr. Als dominanter Preistreiber erwiesen sich erneut die Treibstoffpreise (+50,5%). Auch für Flugtickets blieben die Kosten hoch (+57,3%). Reparaturen privater Verkehrsmittel verteuerten sich um 4,7%.

Wohnung, Wasser, Energie kostete durchschnittlich um 9,4% mehr, dieser Anstieg war gleich hoch wie im April. Bei Haushaltsenergie ließ der Preisdruck etwas nach (+25,4%). Ausschlaggebend dafür war die ab Mai wirksame drastische Reduktion der Elektrizitäts- und der Erdgasabgabe, die die Inflation laut harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI) zu konstanten Steuersätzen insgesamt um etwa 0,3 Prozentpunkte dämpfte. Diese Preisnachlässe beeinflussten die Entwicklung der Strompreise stärker (-0,1%) als die der Gaspreise (+72,4%). Während die Heizölpreise geringfügig zurückgingen, stiegen die Preise für feste Brennstoffe deutlich (+33,2%). Fernwärme kostete um 16,5% mehr. Bei der Instandhaltung von Wohnungen nahm der Preisauftrieb weiter zu (+12,3%). Höhere Materialkosten waren dafür hauptverantwortlich (+13,1%), teilte die Statistik Austria mit.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich durchschnittlich um 9,0%, das ist etwas deutlicher als im April (+8,4%). Dazu trugen vor allem höhere Nahrungsmittelpreise bei (+8,8%). Die Preise für Fleisch stiegen um 11,3%, jene für Brot und Getreideerzeugnisse um 8,6%. Für Gemüse musste laut Statistik Austria um 12,5% mehr gezahlt werden, für Milch, Käse und Eier insgesamt um 9,5%. Öle und Fette kosteten um 21,4% mehr (darunter Butter +30,6%). Vergleichsweise moderat stiegen hingegen die Obstpreise (+3,1%). Merklliche Teuerungen gab es auch bei alkoholfreien Getränken (+10,6%). Kaffee kostete um 11,7% mehr, die Limonadenpreise stiegen um 10,8%.

In Restaurants und Hotels musste durchschnittlich um 7,3% mehr bezahlt werden, merklich mehr als im April (+6,1%). Ausschlaggebend dafür war die Preisentwicklung von Bewirtungsdienstleistungen (Mai: +6,7%). Beherbergungsdienstleistungen kosteten um 11,8% mehr.

Für Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses wurden die Preise im Mai stärker angehoben (durchschnittlich +6,7%) als im April (+5,2%). Insbesondere bei Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen zeigten sich Preisschübe (+8,3%).

Teuerung beim täglichen Einkauf höher als Gesamtinflation

Das Preisniveau des Mikrowarenkorbs, der überwiegend Nahrungsmittel, aber auch Tageszeitungen oder den Kaffee im Kaffeehaus enthält und den täglichen Einkauf widerspiegelt, stieg im Jahresabstand um 8,4% (April: +7,7%). Das Preisniveau des Miniwarenkorb, der einen wöchentlichen Einkauf abbildet und neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthält, stieg im Jahresvergleich um 15,4% (April: +14,4%).

Die harmonisierte, auf europäischer Ebene vergleichbare Inflationsrate betrug im Mai in Österreich 7,7%. Zum Vergleich: In den Ländern des Euroraumes stieg dieser Wert auf 8,1%, im Schnitt der gesamten EU kletterte er auf 8,8%. (Schluss)

EU-Schweinemarkt konsolidiert sich

Österreich: Mastschweine-Notierung erneut unverändert

Wien, 17. Juni 2022 (aiz.info). - Seit Ostern standen die Notierungen für Schweinefleisch EU-weit auf wackeligen Beinen. Mehrere aufeinanderfolgende Feiertagswochen schmälerten die Schlachtaktivität, sodass sich trotz unterdurchschnittlichem Lebendangebot immer wieder Staus vor den Schlachtbetrieben bildeten. Das zu erwartende, stabilere Sommerwetter und ganze Arbeitswochen dürften nun das Blatt wenden. In Deutschland, wo nicht in allen Bundesländern Fronleichnam gefeiert wird, waren bereits erste Preismelder in die positive Richtung gestimmt.

In Österreich muss abermals feiertagsbedingt das Volumen eines Schlachttages in die neue Woche mitgeschleppt werden. Überhänge dürften aber nun für längere Zeit kein Thema mehr sein, weil einerseits der Fleischmarkt von gut angelaufenem Grillgeschäft berichtet und andererseits das Angebot an Schlachtschweinen alles andere als drückend sein wird, berichtet **Johann Schlederer**, Geschäftsführer der Österreichischen Schweinebörse. Das frische Angebot an Schlachtschweinen - inklusive dem Rest der Vorwoche - entsprach dem Bedarf der Abnehmer an der heimischen Schweinebörse. In der Konsequenz wurde die Mastschweine-Notierung an der Österreichischen Schweinebörse erneut bei 1,94 Euro (Berechnungsbasis: 1,84 Euro) je kg Schlachtgewicht belassen. (Schluss)

Strasser: 110 Mio. Euro entlasten Bäuerinnen und Bauern

Versorgungssicherungspaket federt Teuerung in der Landwirtschaft spürbar ab

Wien, 17. Juni 2022 (aiz.info). - Bäuerinnen und Bauern kämpfen mit den explodierenden Kosten bei Energie, Dünge- und Futtermitteln als Folge des Krieges in der Ukraine. Deshalb hat Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig heute, Freitagfrüh, ein groß angelegtes Versorgungssicherungspaket für die Landwirtschaft vorgestellt. Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** setzt sich seit Monaten für wirksame Maßnahmen ein: "Ein Ende der Kostenbelastung ist nicht in Sicht. Wir können unsere Bäuerinnen und Bauern nicht im Regen stehen lassen. Mit dem 110 Mio. Euro schweren Versorgungssicherungspaket unterstützen wir die Familienbetriebe, weiterhin Essen auf unsere Teller zu bringen."

Die Kosten für eine Reihe an Betriebsmitteln haben sich seit Herbst 2021 verdreifacht. Auf allen Ebenen kämpfte der Bauernbund für eine treffsichere Abfederung, denn: "Wer die Teuerung verschläft, wacht hungrig auf. Eine Entlastung der Landwirtschaft ist Grundstein eines Österreichs, das sich auch morgen selbst versorgen kann", so Strasser.

Gezielte Unterstützung für alle Bäuerinnen und Bauern

"Die Haupttreiber der Inflation sind nach wie vor Treibstoffe und Energieprodukte", so Strasser. Deshalb werden den Bäuerinnen und Bauern 80 Mio. Euro flächenbezogen, basierend auf dem jeweiligen Energieverbrauch je Hektar, abgegolten. 30 Mio. Euro stehen tierbezogen - je nach Großvieheinheiten - bereit, um die gestiegenen Futtermittelkosten abzufedern. "Der durchschnittliche Versorgungssicherungsbeitrag je Betrieb beträgt rund 1.000 Euro", so Strasser.

Unbürokratische Abwicklung

Um den Verwaltungsaufwand für die Bäuerinnen und Bauern so gering wie möglich zu halten, ist keine zusätzliche Antragstellung notwendig. Der sogenannte "Versorgungssicherungsbetrag" wird automatisch über den Mehrfachantrag (MFA) für das Antragsjahr 2022 ermittelt. Die Auszahlung erfolgt Ende 2022.

Bereits im April wurde für die Land- und Forstwirtschaft eine Senkung der Mineralölsteuer um 7 Cent je Liter Diesel auf das allgemeine EU-Mindeststeuersatzniveau beschlossen. "Das war ein erster Schritt. Mit dem Versorgungssicherungspaket für die Landwirtschaft und den Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Teuerung haben wir nun weitere wirksame Hebel, um die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges treffsicher abzufedern", so Strasser. (Schluss) - APA OTS
2022-06-17/10:51

EU-Kommission soll Nutzung von Biomasse unterstützen

Bernhuber und Biomasseverband sprachen im Petitionsausschuss des EU-Parlaments

Brüssel. 17. Juni 2022 (aiz.info). - EU-Abgeordneter **Alexander Bernhuber** forderte im Zuge der jüngsten Sitzung des Petitionsausschusses im Europaparlament zu Erneuerbarer Energie die Europäische Kommission auf, die Nutzung von Biomasse auf EU-Ebene zu unterstützen. "Die Bioökonomie zur Bereitstellung umweltfreundlicher Produkte und Energie ist ein wesentlicher Baustein für den Kampf gegen den Klimawandel, den Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft und den Erhalt gesunder und vitaler Wirtschaftswälder", sagte Bernhuber. "Auch auf EU-Ebene müssen wir das einfordern, denn kein anderer Sektor bietet einen derart technologieoffenen Ansatz wie die Bioökonomie. Diese Chancen bringen innovative und biobasierte Lösungsansätze, die auf EU-Ebene leider oft noch verkannt werden", so der EU-Abgeordnete.

Im Rahmen der Expertenanhörung wurde der Österreicher **Christoph Pfemeter** vom Biomasse-Verband nominiert, vor den EU-Abgeordneten sowie Vertreterinnen und Vertretern der EU Kommission zu sprechen: "Ein Energiesystem ohne den Einsatz von fossiler Energie ist gemeinsam mit der multifunktionalen Waldbewirtschaftung die Grundlage für eine nachhaltig funktionierende

Bioökonomie. Österreich ist bei nachhaltiger Holzproduktion, der Holzwirtschaft und umweltverträglicher Holzenergie beispielgebend, unsere Erfahrungen in der Nutzbarmachung regionaler Rohstoffpotenziale sind wichtig, um Fehler bei der Umsetzung des Green Deals der EU zu vermeiden", sagte Pfemeter.

„Wenn wir die Bioökonomie stärken möchten, dann müssen wir mehr Biomasse nutzen. So können wir auch die Abhängigkeit von Russland reduzieren. Daher ist es ein wichtiger Schritt auf europäischer Ebene, die nachhaltige Waldbewirtschaftung zu unterstützen und zugleich die Standorte und Regionen auch durch finanzielle Ressourcen zu stärken", sagte Bernhuber abschließend. (Schluss)

NÖ Bauernbund-Direktor Nemecek sprach im EU-Parlament zur Versorgungssicherheit

"GAP ist kein Instrument für ökoromantische Ideologien"

St. Pölten/Brüssel, 17. Juni 2022 (aiz.info). - NÖ Bauernbund-Direktor **Paul Nemecek** hat über die Verwerfungen der vergangenen Jahre und die Folgen daraus vor dem Petitionsausschuss im EU-Parlament gesprochen. Im Zentrum seiner Rede stand die strategische Versorgungssicherheit, die seit über 60 Jahren im EU-Recht fixiert ist, aber in den vergangenen Jahren nicht im Fokus der Agrarpolitik gestanden sei. Ein folgenschwerer Fehler, wie Nemecek festhielt: "Die Gemeinsame Agrarpolitik ist kein Instrument für ökoromantische Ideologien, sondern muss sich an realen Lebensbedingungen und der Versorgungsgarantie für die Bevölkerung orientieren. Spätestens seit Corona ist klar, was die Gründerväter der EU schon wussten, diese Versorgungsgarantie können nur die europäischen Bäuerinnen und Bauern sicherstellen und nicht der Weltmarkt. Es wird Zeit, dass wir uns diesen Grundsatz wieder ins Gedächtnis rufen."

Green Deal gefährdet die Lage weiter

Laut einer aktuellen Studie des EU-Parlaments zum Thema "The Future of the European Farming Model" wird bis 2040 mit einem Verlust von 62% der bäuerlichen Betriebe in der EU gerechnet. Weiters wird mit dem Green Deal die Getreideproduktion um 15% sinken. Der Niederösterreichische Bauernbund setzt sich dafür ein, dass dieser Entwicklung endlich gegengesteuert wird, denn ohne Maßnahmen drohe durch den Ukraine-Krieg der Super-GAU bei den Lebensmitteln. Der Weltmarktanteil der Ukraine bei Sonnenblumenschrot liege bei 61%, bei Roggen seien es 40%. Auch bei Raps und Gerste handle es sich um einen beträchtlichen Anteil.

"Wer glaubt, dass dieser Anteil einfach so ersetzt werden kann, ist ein Optimist. Wer glaubt, dass der Krieg schnell vorbei ist und sich die Lage normalisiert, ist mehr als ein Optimist. Daher müssen wir die Lage neu bewerten", stellte Nemecek klar, dass in den kommenden Monaten der Fokus auf der Produktion von leistbaren Lebensmitteln und bei der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft liegen muss.

Eine aktuelle Folgenabschätzung der EU-Kommission geht bei einer Umsetzung des Green Deals von knapp einem Fünftel weniger Produktion in den Bereichen Getreide und Fleisch aus. "Bei Fleisch kann das im Worst-Case-Szenario zu einem Preisanstieg von 40% führen. Angesichts dieser Bedrohungslage fordern wir eine Versorgungsgarantie der EU und alle dafür notwendigen

Maßnahmen für ihre Bürgerinnen und Bürger ein", zeigte Nemecek abschließend eine klare Forderung des NÖ Bauernbundes auf. (Schluss)

Totschnig zieht positive Bilanz über Österreichischen Waldfonds

Bis jetzt wurden rund 17.800 Anträge eingebracht

Wien, 17. Juni 2022 (aiz.info). - Anlässlich der "Woche des Waldes" von 13. bis 19. Juni 2022 unter dem Motto "Der Wald sichert unsere Regionen" hat Forstminister **Norbert Totschnig** über den 350 Mio. Euro umfassenden Österreichischen Waldfonds Bilanz gezogen. Bis jetzt wurden rund 17.800 Anträge bei den zuständigen Stellen eingebracht sowie 153 Mio. Euro für innovative Projekte bewilligt. "Unsere Wälder sind nicht nur Lebensraum für Tiere und Pflanzen wie auch Erholungsraum für uns Menschen, sondern auch ein wichtiger Wirtschafts- und Arbeitsraum. Unsere Forst- und Holzwirtschaftsbetriebe sichern 300.000 Arbeitsplätze und Einkommen in Österreich. Darum ist es gut und richtig, dass die 'Woche des Waldes' heuer daran erinnert, dass der Wald unsere Regionen sichert. Doch der Klimawandel, extreme Wetterereignisse und Schädlinge setzen unseren Wäldern zu. Darum haben wir den Waldfonds ins Leben gerufen", erklärt Totschnig.

Für die Entwicklung klimafitter Wälder wurden bereits knapp 6,5 Mio. Euro ausbezahlt und mittels standortangepasster Aufforstungsmaßnahmen gut 10,6 Mio. klimafitte Bäume gepflanzt. Im Rahmen des Waldfonds wurde auch die Österreichische Holzinitiative gestartet, über die bereits 64 Projekte bewilligt wurden. In Kürze beginnen zwei weitere Fördercalls der Holzinitiative: Call BildungsLAB Wald&Holz und Call Governance.

Besonders erfolgreich sind laut Totschnig die Projekt-Calls zum CO₂-Bonus: "Durch die Förderung des großvolumigen Holzbaus werden neben den ökologischen Effekten, wie Substitutions- oder Kohlenstoffspeicherwirkung, auch die regionale Infrastruktur, wie etwa Kindergärten, Schulen etc., sowie die Beschäftigung in den Regionen gestärkt. Mit den zwei bereits abgeschlossenen Calls des CO₂-Bonus werden rund 7,5 Mio. kg Holz verbaut und somit rund 17.000 t CO₂-Äquivalente langfristig gespeichert", betont Totschnig. Für den aktuellen Call zum CO₂-Bonus können bis zum 30. Juni Anträge eingebracht werden.

Eine Antragstellung ist je nach Maßnahme laufend möglich oder erfolgt über Projekt-Calls. Detaillierte Informationen zum Österreichischen Waldfonds stehen im Internet unter www.waldfonds.at bereit. (Schluss)

Schmuckenschlager begrüßt Versorgungssicherungspaket

Großer Beitrag zur Aufrechterhaltung der Produktion heimischer Lebensmittel

St. Pölten, 17. Juni 2022 (aiz.info). - Das mit 110 Mio. Euro dotierte Paket soll die Bäuerinnen und Bauern bei den stark gestiegenen Betriebsmittelpreisen, insbesondere der Energie, entlasten.

Johannes Schmuckenschlager, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Niederösterreich, sieht darin ein wichtiges Signal für die bäuerlichen Betriebe und einen starken Beitrag zur Versorgungssicherung mit heimischen Lebensmitteln.

Steigende Betriebsmittelkosten für Energie, Dünger- und Futtermittel lassen die bäuerlichen Betriebe zusehends unter Druck geraten. Die Bundesregierung hat daher ein sogenanntes Versorgungssicherungspaket geschnürt, mit dem sie die Bäuerinnen und Bauern unterstützen will. Das mit 110 Mio. Euro dotierte Paket soll die Betriebe schnell und unbürokratisch entlasten. Schmuckenschlager begrüßt das vorgelegte Maßnahmenbündel: "Die Versorgungssicherung mit heimischen Lebensmitteln muss oberste Priorität haben. Angesichts der steigenden Produktionskosten und der im europäischen Vergleich hohen Treibstoffkosten brauchen unsere bäuerlichen Familienbetriebe aber finanzielle Unterstützung."

Für Schmuckenschlager ist dieses zusätzliche Paket ein wichtiges Signal. Erste Maßnahmen wurden im Nationalrat bereits Ende April beschlossen. "Zusätzlich zu der damals vereinbarten Mineralölsteuerrückvergütung und der Senkung der Erdgas- und Elektrizitätsabgabe geht die Bundesregierung nun noch einen wichtigen Schritt weiter", erklärt Schmuckenschlager. Von den 110 Mio. Euro werden 80 Mio. Euro als flächenbezogene Komponente (abgeleitet vom Energieverbrauch) verwendet, 30 Mio. Euro werden als tierbezogene Komponente gewährt, um die stark gestiegenen Futtermittelkosten auszugleichen.

Für Schmuckenschlager ist es vor allem wichtig, dass die Antragstellung und auch Auszahlung unbürokratisch und schnell durch die AMA in Form eines automatisierten Antrags erfolgt, denn "das erspart den Bäuerinnen und Bauern einen zusätzlichen Bürokratieaufwand". (Schluss) - APA OTS 2022-06-17/12:11

Reiter: Spürbare Entlastung für Bäuerinnen und Bauern

Handel muss Preiserhöhungen rascher an die Urproduzenten weitergeben

Wien, 17. Juni 2022 (aiz.info). - Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig hat heute ein Versorgungssicherheitspaket für die Landwirtschaft präsentiert. "Mit diesen umfassenden Maßnahmen und einem Volumen von 110 Mio. Euro entlastet die Bundesregierung unsere Bäuerinnen und Bauern treffsicher und unbürokratisch", begrüßt Jungbauern-Bundesobfrau **Carina Reiter** das Unterstützungspaket. "Die Entlastungsmaßnahmen im April waren erste wichtige Schritte, jedoch für uns nicht ausreichend im Kampf gegen die Teuerung in der Land- und Forstwirtschaft. Es freut mich, dass unsere Forderungen nun Gehör gefunden haben", so Reiter.

Das Unterstützungspaket wird an alle Bäuerinnen und Bauern als Versorgungssicherungsbeitrag ausbezahlt, die einen Mehrfachantrag für 2022 gestellt haben. Dieser Beitrag setzt sich aus einer flächenbezogenen und einer tierbezogenen Komponente zusammen. Die Auszahlung erfolgt Ende 2022 automatisch über die AMA. Somit ist keine zusätzliche Antragstellung erforderlich.

Mehr Solidarität entlang der Wertschöpfungskette erwünscht

Die massiv gestiegenen Betriebsmittelkosten für Energie, Dünger- und Futtermittel machen den bäuerlichen Familienbetrieben erheblich zu schaffen. Gleichzeitig kommen die steigenden Lebensmittelpreise in den Supermärkten nur zum Teil bei den Landwirten an. "Die Bäuerinnen und Bauern bekommen zu wenig vom Kuchen ab. Dauerhaft kann eine Versorgung mit Lebensmitteln aus Österreich nur mit kostendeckenden Erzeugerpreisen gewährleistet werden. Gerade in Zeiten wie diesen, in denen die Existenz vieler bäuerlicher Betriebe auf dem Spiel steht, wäre es wünschenswert, wenn der Handel die Preiserhöhungen rascher an die Urproduzenten weitergibt", fordert Reiter den Handel auf, mehr Solidarität mit der Landwirtschaft zu zeigen.

Nachhaltige Maßnahmen für die Bauernfamilien

Als Jugendsprecherin im ÖVP-Parlamentsklub freut sich Reiter auch über viele wichtige Maßnahmen für Kinder und Jugendliche sowie Familien, die sich im dritten Paket der Bundesregierung gegen die Teuerung wiederfinden. "Der auf 2.000 Euro erhöhte Familienbonus wird auf September vorgezogen und der Kindermehrbetrag deutlich auf 550 Euro erhöht. 180 Euro werden als zusätzliche Einmalzahlung im Rahmen der Familienbeihilfe im August ausbezahlt. Im Oktober erhält jeder Erwachsene 500 Euro und jedes Kind 250 Euro als Anti-Teuerungsbonus. Weiters bekommen bäuerliche Mindestpensionisten als besonders betroffene Gruppe 300 Euro extra. Längerfristig werden künftig die Familien- und Sozialleistungen, wie etwa die Familienbeihilfe, Studienbeihilfe und das Kinderbetreuungsgeld, laufend der Inflation angepasst. Damit werden besonders auch die jungen Bäuerinnen und Bauern nachhaltig unterstützt", gibt Reiter abschließend einen Überblick über die geplanten Maßnahmen. (Schluss) - APA OTS 2022-06-17/12:02

Ministerium heißt nun für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft

Nationalrat beschließt neues Bundesministeriengesetz - Günter Liebel ist Generalsekretär

Wien, 17. Juni 2022 (aiz.info). -Im Nationalrat wurde am Mittwoch das neue Bundesministeriengesetz beschlossen. Demnach wird mit der neuen Kompetenzverteilung in der Bundesregierung aus dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, kurz BML. "Damit sind alle Zuständigkeitsbereiche in der Ministeriumsbezeichnung abgebildet - also unsere Lebensgrundlagen", hält Bundesminister **Norbert Totschnig** fest. Das Gesetz wird voraussichtlich nach dem Beschluss im Bundesrat Anfang Juli in Kraft treten.

Generalsekretär Günter Liebel, Kabinettschef Lucas Weigerstorfer

Gleichzeitig stellt das BML auch personelle Weichen neu: Günter Liebel, Leiter der Sektion Wasserwirtschaft, übernimmt künftig auch die Funktion des Generalsekretärs. Nach seinem Studium der Landschaftsökologie und Landschaftsgestaltung an der Universität für Bodenkultur Wien war Liebel leitender Mitarbeiter im Umweltbundesamt, ehe er 1996 in das damalige Umweltministerium wechselte, das später mit dem Landwirtschaftsministerium zusammengelegt wurde. 2005 wurde er Leiter der Sektion "Umwelt und Klimaschutz", seit 2020 ist er für die Wasserwirtschaft zuständig. "Günter Liebel kennt das Ministerium und die Verwaltung aus den verschiedensten Blickwinkeln und kann diese Erfahrung in seiner neuen Funktion optimal einsetzen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Generalsekretär", so Totschnig.

Das Ministerkabinett wird von Lucas Weigerstorfer geleitet. Er startete seine berufliche Laufbahn im Parlamentsklub der ÖVP und studierte berufsbegleitend an der Donau-Universität Krems (Internationale Beziehungen) wie auch am King's College London (Intelligence and International Security). Ab 2020 war er sicherheitspolitischer Berater des Bundeskanzlers und ab Oktober 2021 zusätzlich mit der Leitung der Gruppe IV/B im Bundeskanzleramt betraut.

Stellvertretender Kabinettschef ist Robert Pichler, der unter anderem für die Koordinierung zuständig ist. Der Veterinärmediziner arbeitete im Gesundheitsministerium und an der Ständigen Vertretung Österreichs in Brüssel, 2013 wechselte er in das Landwirtschaftsministerium. Als Pressesprecherin und stellvertretende Kabinettschefin fungiert Magdalena Rauscher-Weber. Die ehemalige Journalistin ist seit 2013 im Ministerium im Bereich der Kommunikation tätig. (Schluss)